

Braunschweig, 05. Juni 2007

Klimaschutz

OB kehrt sich vom Saulus zum Paulus?

BIBS fordert tatkräftiges Handeln statt halbherziger Maßnahmen!

Das Ergebnis der Expertenrunde „Luftreinhalteplan“ vom 30. Mai 2007 ist eindeutig und nur auf den ersten Blick überraschend:

Obwohl sich die Argumentationen der verschiedenen Interessengruppen grundlegend unterschieden, sprachen sich fast alle Anwesenden gegen die Einrichtung einer Umweltzone aus, in der weite Innenstadtteile zur Tempo-30-Zone erklärt und ein Verbot für Lastwagen und Autos der Schadstoffklasse 1 ausgesprochen würden.

Sünden können nicht vertuscht werden!

Erklärtes Ziel der Expertenrunde war laut Oberbürgermeister Dr. Hoffmann abzuwiegen, ob sein Vorschlag eine angemessene Reaktion auf den aktuellen umweltpolitischen Diskurs darstellt. Die Einleitungsworte Hoffmanns ließen keinen Zweifel daran, dass er die derzeitige Klimadebatte allen wissenschaftlichen Fakten zum Trotz als übertriebene „Panikmache“ bewertet. Sein bisheriges Engagement berücksichtigte ein klimarelevantes Handeln nicht im Geringsten:

- die Verlängerung der Start- und Landesbahn des Braunschweiger Flughafens vernichtet 60.000 Bäume. Ein 200 Jahre alter Baum bindet pro Jahr 2000 kg CO₂. Nur ein gleichwertig alter Baum erreicht diese Leistung.
- die Baulandpolitik versiegelt immer mehr städtische Fläche. Noch dazu setzt er auf den energetisch unsinnigen Einfamilienhausbau. Dabei sinkt die Nachfrage nach Einfamilienhäusern im Umland stetig, die Abwanderung geht zurück und die Bevölkerung schrumpft.
- das Gebäudemanagement wurde vernachlässigt und es fand keine energiesparende Gebäudepflege statt. Geld wird vor allem in den historisierenden Innenausbau der angemieteten ECE-Räume investiert.
- Dem ECE-Center wurde eine weitere Parkebene genehmigt: Weitere 1700 Parkplätze wurden in der Innenstadt geschaffen, der motorisierte Individualverkehr wird damit nochmals attraktiver.
- dem städtischen Nahverkehr wird bis 2010 der Defizitausgleich um weitere 3 Mio. Euro gesenkt.
- lukrativ die städtischen Dachflächen durch Photovoltaikanlagen zu vergolden, wird nicht verfolgt.
- die Baumschutzsatzung wurde abgeschafft
- Braunschweig trat aus dem Klimabündnis aus

Die Veranstaltung war die perfekte Gelegenheit für Hoffmann, sich vor der versammelten Presse als Umweltschützer zu inszenieren, ohne befürchten zu müssen, dass er durch die unwahrscheinliche Einführung der Umweltzone Parteifreunde (wie den ebenfalls eingeladenen ADAC-Vorsitzenden Reinhard Manlik) verärgert.

Ein themenübergreifendes Klimaschutzmanagement

Bevor der Rat auf der kommenden Sitzung am 17. Juli über die Thematik entscheidet, erhält die Öffentlichkeit am 5. Juni um 19.30 Uhr im Congress-Saal der Stadthalle Gelegenheit, sich im Rahmen einer Informationsveranstaltung unter der Leitung Hoffmanns zu äußern.

Der hauptsächliche Einwand der Naturverbände und Umweltschützer gegen die augenscheinlich umweltfreundliche Tempo-30-Zone ist die Aushöhlung des Fahrverbots durch umfassende Ausnahmeregelungen. Damit ist das Instrument nahezu wirkungslos.

Die Dringlichkeit der Situation erfordert ein beherztes Handeln durch weitere Klimaschutz- und Luftverbesserungsmaßnahmen. Im März 2007 ergaben Feinstaubmessungen vom *Bündnis für saubere Luft* und *Greenpeace* am Bohlweg eine signifikante Zunahme kleiner, lungengängiger und damit besonders gefährlicher Feinstäube (< 10 PM). Ein nachhaltiges Bemühen der Stadt, wieder Messcontainer aufzustellen, fehlt bis heute und wird mit fadenscheinigen Ausreden erklärt.

Die öffentliche Wahrnehmung muss sich dahingehend wandeln, die Innenstadt nicht nur als Shopping-Areal zu betrachten, sondern als schützenswerten Lebens- und Arbeitsraum. Die Sorgen der Einzelhändler waren auch mit Einführung der Fußgängerzonen groß und sind eindeutig widerlegt worden. Wo bleiben die Marketingstrategien, für Shoppen in bester Luft und ohne Stress zu werben? Warum erstatten die Einzelhändler Parkscheine, aber keine Fahrausweise von Bus und Bahn?

Radfahrer müssen auf den Straßen nicht nur geduldet werden, sondern als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmende im öffentlichen Bewusstsein verankert werden. Zwei Drittel der innerstädtischen Strecken, die mit dem Auto zurückgelegt werden, sind kürzer als 4 Kilometer. Die BIBS sieht hier ein großes Potential zum „Umsatteln“ und begrüßt die Pläne der Stadt, die Ausgaben für Instandhaltung und Schaffung von Radwegen merklich zu erhöhen. Ein Beitrag der Verwaltung und der Politik wäre, mit gutem Beispiel voranzugehen!

Die umweltschonende Erneuerung des städtischen Busfuhrparks der Verkehrs AG ist ein wichtiger Schritt in Richtung Umwelt- und Klimaschutz. Bei den Stadtbahnen wird die Erneuerung weit hinausgezogen. Leider rühmt sich der Oberbürgermeister eher mit bereits eröffneten Neubaustrecken für die Stadtbahn, als mit einem fahrgaststeigernden Konzept für die Zukunft von Bus und Bahn in Braunschweig.

Die RegioStadtBahn wird einen Quantensprung in den Bemühungen verursachen, die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs auch für die Region deutlich zu steigern und das Mobilitätsverhalten in eine ressourcenschonende Richtung zu verändern.

Wirkungsvolle Lösungen sind viel einfacher zu realisieren!

Für den Klimaschutz in Braunschweig fordert die BIBS-Fraktion viele einfache Selbstverständlichkeiten ein:

- Wiedereinführung der Baumschutzsatzung
- Aufgabe des Ausbauprojektes Start- und Landebahn Flughafen
- Ein nachhaltiges Stadtentwicklungskonzept mit Zielvorgaben und daraus folgendem Maßnahmenkatalog und Evaluation (Innen- vor Außenentwicklung, Minimale Versiegelung, Erhöhung des Grünanteils in der Stadt)
- ein verbindliches Verkehrsentwicklungskonzept mit Zielvorgaben und daraus folgendem Maßnahmenkatalog und Evaluation (Erhöhung den Anteils

von Rad- und öffentlichen Nahverkehr sowie des Fußgängeranteils am Modal Split, Attraktivitätssteigerung des Braunschweiger Nahverkehrs, kein Neubau von Straßen ohne Rückbau von Verkehrsflächen)

- Wiederauflage der Projekte zur Dach- und Fassadenbegrünung
- Einführung eine Photovoltaikmanagement für die städtischen Dachflächen
- Klimaschutz und Energievermeidung als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern - daraus ableitend keine ökonomischen Bewertungen über ökologische zu setzen